

Aussenminister in einer bewegten Zeit

Der frühere Bundesrat Flavio Cotti ist im Alter von 81 Jahren in Locarno gestorben

URS MARTI

Es ist sehr ruhig geworden um Flavio Cotti. In den vergangenen Jahren nahm der früher temperamentvolle Tessiner nicht einmal mehr an den regelmässigen Zusammenkünften der ehemaligen Mitglieder des Bundesrates teil. Nach seinem Rücktritt hat er sich nur noch einmal öffentlich zu Wort gemeldet, beim Tod von Nelson Mandela, dem er als Bundespräsident 1998 in Kapstadt einen offiziellen Besuch abgestattet hatte. Nelson Mandela, so Cotti, sei eine der Personen gewesen, die ihn am meisten beeindruckt hätten.

Steile Politkarriere

Flavio Cotti wurde am 18. Oktober 1939 in Muralto geboren und stammte aus einer ursprünglich im Maggiatal angesiedelten Kaufmannsfamilie. Sein Vater betrieb einen Stoffhandel. Flavio Cotti studierte in Freiburg Rechtswissenschaften und führte zunächst in Locarno zusammen mit einem Verwandten ein Anwalts- und Notariatsbüro. Dann aber machte er vor allem eine steile politische Karriere. Mit 25 Jahren wurde er Gemeinderat, mit 28 Grossrat, mit 36 Staatsrat und mit 44 bereits alt Staatsrat. Er verzichtete 1983 auf eine dritte Amtsperiode in der Tessiner Regierung, wo er das Volkswirtschafts- und Justizdepartement leitete, um den Schritt in die eidgenössische Politik zu wagen. Und auch da schaffte er auf Anhieb die Wahl in den Nationalrat, und zwar mit dem mit Abstand besten Wahlergebnis aller acht Tessiner Nationalräte.

Ein Jahr später übernahm er vom Walliser Hans Wyrer das Parteipräsidium der CVP Schweiz. Es versteht sich von selbst, dass sich nach den Demissionen der Bundesräte Kurt Furgler und Alphons Egli das Augenmerk rasch auf Flavio Cotti richtete, nicht nur, weil er Tessiner war. In der fraktionsinternen Ausmarchung erzielte er zur Überraschung vieler bereits im ersten Wahlgang sogar mehr Stimmen als der mit ihm gleichzeitig nominierte Nationalrats- und Fraktionspräsident Arnold Koller. Auch die Wahl in den Bundesrat erfolgte am 11. Dezember 1986 glanzvoll mit 163 Stimmen schon im ersten Wahlgang.

Ehrgeiz und Machtbewusstsein waren dem politischen Aufstieg von Flavio Cotti zweifellos förderlich gewesen, zwei Eigenschaften, die auch seinen autoritären und impulsiven Führungsstil prägten. Auf Kritik an seiner Aussenpolitik, die er wiederholt auch bei der Lektüre der NZZ zur Kenntnis nehmen musste, reagierte er gekränkt.

Im Departement des Innern, das er zunächst als Nachfolger von Bundesrat Alphons Egli zu betreuen hatte, legte er



Flavio Cotti im Jahr 1998 in seinem Büro im Bundeshaus in Bern. MARTIN RÜTSCHI / KEYSTONE

den Grundstein für das neue Krankenversicherungsgesetz, und ebenso kam unter seiner Leitung ein neues ETH-Gesetz zustande. Weniger Erfolg hatte er dagegen mit seinen Vorschlägen zur 10. AHV-Revision, die 1991 vom Parlament arg zerzaust wurden. Dass sich ein Bundesrat in seiner Funktion als Gesundheitsminister auch engagiert mit den Stop-Aids-Kampagnen zu befassen hatte, gehört heute schon eher zu den historischen Reminiszenzen.

Befürworter eines EU-Beitritts

Nach dem aus gesundheitlichen Gründen plötzlich erfolgten Rücktritt von Bundesrat René Felber kam es 1993

zwischen Cotti und Arnold Koller im Bundesrat zu einem Eklat. Beide bewarben sich um die Übernahme des frei gewordenen Departementes für auswärtige Angelegenheiten (EDA). Es musste im Bundesrat abgestimmt werden, und Adolf Ogis Stimme war ausschlaggebend, dass Cotti das EDA zugesprochen wurde. Koller hat das seinem «Parteifreund» und dem Kollegium nie verziehen. Schon als Innenminister zeigte Flavio Cotti im Bundesrat wenig Begeisterung für einen Beitritt der Schweiz zum Europäischen Wirtschaftsraum (EWR), und er gehörte zu den vier Mitgliedern des Bundesrates, die kurz vor der EWR-Abstimmung dem lange das innenpoliti-

sche Klima schwer belastenden EU-Beitritts-Gesuch zugestimmt haben. Er sprach sich denn auch wiederholt für einen EU-Beitritt aus, dies nicht aus wirtschaftlichen, sondern aus politischen Gründen. An den Verhandlungen der bilateralen Verträge war er massgebend beteiligt, und deren Abschluss bedeutete für ihn zweifellos einen Höhepunkt seiner politischen Karriere.

Giuseppe Motta als Vorbild

Das grosse politische Vorbild von Flavio Cotti war der Tessiner Bundesrat Giuseppe Motta, der von 1920 bis 1940 während 20 Jahren die schweizerische Aussenpolitik massgebend geprägt hatte. Wie Motta fühlte sich auch Flavio Cotti wohl auf dem internationalen politischen Parkett, vor allem als er 1996 die Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) präsierte. In dieser Funktion setzte Cotti das Friedensabkommen von Dayton zur Beilegung des Krieges in Bosnien in die Tat um und damit auch die internationale Anerkennung der dort durchgeführten Wahlen.

Mehrfach wurden Schweizer Diplomaten mit OSZE-Missionen betraut, so auch Tim Guldinmann, der wie Thomas Borer die besondere Gunst Cottis genoss. Borer wurde auf Vorschlag von Cotti auch mit der Leitung der Task-Force Schweiz – Zweiter Weltkrieg betraut. Diese war eine Folge der in den USA ausgelösten Diskussion über den Umgang mit nachrichtlosen Vermögungen, ein Thema, das die Beziehungen zwischen der Schweiz und den Vereinigten Staaten stark belastete. Auch auf Antrag von Cottis Departement wurde im Dezember 1996 die Unabhängige Expertenkommission Schweiz – Zweiter Weltkrieg eingesetzt, die sogenannte Bergier-Kommission.

Bundesrat Flavio Cotti amtierte als Aussenminister – vor allem nach dem Ende der Sowjetunion und dem Auseinanderbrechen des ehemaligen Jugoslawien – in einer bewegten Zeit. Zweimal war er Bundespräsident, 1991 und 1998, und beides waren besondere Jahre. 1991 feierte die Schweiz 700 Jahre Eidgenossenschaft, 1998 150 Jahre Bundesstaat. Beide Jubiläen gaben dem Bundespräsidenten ausgiebig Gelegenheit, seine Eloquenz und Mehrsprachigkeit zur Geltung zu bringen, und sie machten ihn auch in weiten Kreisen der Bevölkerung beliebt, denn bei solchen Anlässen weckte er Sympathien und vermochte seinen Charme, über den er zweifellos verfügte, auszuspielen.

Flavio Cotti ist am Mittwochmittag 81-jährig an den Folgen einer Corona-Infektion in einem Spital in Locarno gestorben.

Kommentar

Vorbelastetes Präsidium

KATHRIN ALDER

2020 war kein gutes Jahr, auch nicht für die Bundesjustiz. Erst berichteten die Medien über einen «Sittenzerfall» am Bundesstrafgericht, die Vorwürfe reichten von Sexismus und Mobbing über Günstlingswirtschaft bis hin zu Spesenreiterei. Dann verjäherte der wichtige erste Fifa-Prozess rund um das deutsche «Sommermärchen», eine teure und medienwirksame Blamage. Der ehemalige Bundesanwalt Michael Lauber, der wegen nicht protokollierter Treffen mit dem Fifa-Chef Gianni Infantino und Erinnerungslücken massiv angeschlagen war, trieb mit seiner Hybris Justiz und Politik vor sich her – bis er schliesslich doch seinen Rücktritt «anbot».

Und als wäre das alles nicht genug, traten auch am Bundesgericht Missstände ans Licht. Dessen Verwaltungskommission beaufsichtigt das Bundesstrafgericht und untersuchte die eingangs erwähnten Vorwürfe. Später geriet sie selber unter Druck: zu einem wegen diffamierender Äusserungen des Bundesgerichtspräsidenten Ulrich Meyer über eine Kollegin, zum anderen wegen der Tonalität des veröffentlichten Untersuchungsberichts. Personen, die darin zum Teil massiv beschuldigt wurden, konnten sich offenbar nicht zu den konkreten Vorwürfen äussern.

Ulrich Meyer scheidet Ende Jahr aus dem Bundesgericht aus. Zu seiner Nachfolgerin hat die Vereinigte Bundesversammlung am Mittwoch Martha Niquille gewählt, die bisherige Vizepräsidentin. Deren Nachfolger wird Yves Donzallaz. Niquille ist die erste Frau im Amt, was höchst erfreulich ist. Auch bestehen keine Zweifel daran, dass sowohl Niquille als auch Donzallaz für

Es liegt nun an Niquille und Donzallaz, so schnell wie möglich dafür zu sorgen, dass Ruhe einkehrt.

ihre neuen Ämter geeignet sind. Eine andere Frage ist jedoch, ob die beiden auch die Richtigen sind. Natürlich dürfen nicht alle Missstände der Bundesjustiz allein dem Bundesgericht angelastet werden. Doch sowohl Niquille als auch Donzallaz waren Teil der Verwaltungskommission und tragen damit eine Mitschuld an der unglücklichen Administrativuntersuchung in Bellinzona.

Das Parlament hat dies gewusst – und wählte die beiden trotzdem. Beide Kandidaten hätten sich in der Gerichtskommission erklärt und sich sichtlich «engagiert und willens» gezeigt, die Zusammenarbeit zwischen den betroffenen Institutionen zu stärken, sagte der Aussenminister Andrea Caroni. Niquille habe sich zudem ausdrücklich für die Tonalität im Untersuchungsbericht entschuldigt. Den Vorschlag der von der SVP angeführten Minderheit, vom Bundesgericht zwei neue Kandidaten einzufordern, verwarf das Parlament deutlich. Aus Sicht des Parlaments und vor allem der Gerichtskommission war es wohl ein Abwägen: Will man sich mit dem Präsidium des Bundesgerichts wirklich eine weitere Baustelle schaffen, wenn man mit der holprigen Suche nach einem Nachfolger für den ehemaligen Bundesanwalt Michael Lauber schon genug beansprucht ist?

Fest steht, ein Neuanfang ist die Wahl von Niquille und Donzallaz nicht. Beide sind vorbelastet und treten ihre Ämter mit einem Vertrauensdefizit an. Es liegt nun an ihnen, dieses Defizit auszuräumen und so schnell wie möglich dafür zu sorgen, dass Ruhe einkehrt. Damit auch renommierte internationale Medien künftig nicht mehr das Wort «Bananenrepublik» als Synonym für die Bundesjustiz verwenden müssen.

Bund budgetiert Corona-Defizit von 6,1 Milliarden

Das Parlament verabschiedet den Voranschlag – die Bauern erhalten auch in Zeiten der Pandemie mehr Geld

FABIAN SCHÄFER

Es ist vollbracht: Am Mittwoch hat das Parlament ein Budget für das Jahr 2021 verabschiedet, das als historisch bezeichnet werden darf – historisch schlecht. Im Unterschied zu früheren Jahren konnten sich National- und Ständerat dieses Jahr einigen, ohne dass sie eine Einigungskonferenz einsetzen mussten. Das Budget sieht im ordentlichen Haushalt ein Defizit von 2 Milliarden Franken vor. Mit der Schuldenbremse kommt das Parlament nicht in Konflikt, diese würde wegen der schlechten Wirtschaftslage auch ein grösseres Minus erlauben.

Hinzu kommt jedoch ein Fehlbetrag von 4,1 Milliarden Franken im ausserordentlichen Haushalt, in dem der Bund den grössten Teil der Corona-Ausgaben verbucht. Der ausserordentliche Haushalt fällt nicht unmittelbar unter die

Schuldenbremse, allerdings müssen seine Fehlbeträge in den Folgejahren ebenfalls abgebaut werden. Insgesamt dürften die Schulden nächstes Jahr somit um gut 6 Milliarden Franken zunehmen, wobei die Unsicherheiten angesichts der Pandemie grösser sind als üblich. Ende 2019 betrugen die Bruttoschulden des Bundes 97 Milliarden Franken.

Mehr Geld für Kulturförderung

Trotz den schlechten Aussichten zeigte sich das Parlament punktuell spendabel und hat das Budget auch ausserhalb der «Corona-Posten» aufgestockt. Dies kommt unter anderem der Landwirtschaft zugute. Deren Vertreter haben es geschafft, das Budget für die Direktzahlungen im Vergleich mit der Vorgabe des Bundesrats um 17 Millionen Franken zu erhöhen. Weitere Aufstockungen gab es insbesondere bei der Kul-

turförderung, bei den Beiträgen an die Hochschulen sowie beim Nachrichtendienst. Allerdings fallen diese Beträge im Vergleich mit den Covid-19-Ausgaben geradezu mickrig aus. Sie sollen sich 2021 insgesamt auf 6,6 Milliarden Franken belaufen. Bei den grössten Brocken handelt es sich um 2,2 Milliarden für den Erwerbssersatz, um 1,9 Milliarden für die kantonalen Härtefallprogramme zugunsten darbender Firmen sowie um budgetierte Verluste von 1 Milliarde aus den Überbrückungskrediten.

Schwarze Zahlen 2024 möglich

Finanzminister Ueli Maurer (svp.) wagte in den Debatten auch einen Blick in die Zukunft. In den beiden nächsten Jahren seien wegen der Corona-Krise weitere Defizite zu erwarten. Im besten Fall werde der Bund voraussichtlich 2024 wieder in der Lage sein, ein ausgeglichenes

Budget zu präsentieren. In dieser Phase rechnet Maurer aus heutiger Sicht gesamthaft mit einer Neuverschuldung in der Grössenordnung von 30 Milliarden Franken. Somit wären die Überschüsse aus den letzten 15 Jahren wieder etwa aufgebraucht, wie Maurer konstatierte.

Wie der Rückbau der Corona-Schulden gelingen soll, ist bis jetzt unklar. Der Bundesrat wollte den Entscheid ursprünglich im Dezember fällen, hat ihn dann aber angesichts der neuen Unsicherheiten verschoben. Anfang Jahr soll eine Vorlage dazu kommen, wie Maurer sagte. Allerdings steht ein Grundsatzentscheid gemäss seinen Angaben bereits fest. Der Bundesrat ist entschlossen, die Corona-Schuld wieder abzubauen. Das war nicht selbstverständlich. Mit der angekündigten Vorlage gäbe es auch Wege, um – vereinfacht gesagt – die Corona-Schulden mit den Überschüssen der Vergangenheit zu verrechnen.